

## Demokratische Linkages in der digitalen Transformation

Heiko Beyer<sup>1</sup>/Isabelle Borucki<sup>2</sup>/Christiane Eilders<sup>3</sup>/Tobias Escher<sup>4</sup>/Ole Kelm<sup>5</sup>/  
Stefan Marschall<sup>6</sup>/Thomas Poguntke<sup>7</sup>/Ulrich Rosar<sup>8</sup>/Annette Schnabel<sup>9</sup>  
Thomas Zerback<sup>10</sup>/Marc Ziegele<sup>11</sup>

### Linkages und Digitalisierung

Der Prozess der Digitalisierung führt zu einer grundlegenden Transformation der Verbindungen zwischen Politik und Bürgern. Diese werden durch verschiedene „Linkages“ hergestellt (Poguntke 2000, 2002), die das Elitenhandeln und die Präferenzen der Bürger miteinander verbinden sollen. Hierzu zählen politische Parteien, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen. Der Beitrag skizziert, wie die Digitalisierung die Leistungsfähigkeit dieser Linkages beeinflusst und welche Linkage-Akteure durch die Digitalisierung hinzugekommen sind.

Bis in die 2000er-Jahre hinein bedeutete Digitalisierung vor allem ein spezifisch informationstechnisches Phänomen der Überführung von analogen in digitale Formate mittels Computertechnik. Spätestens seit der Verbreitung des Web 2.0 wird Digitalisierung als ein gesamtgesellschaftliches Phänomen gesehen, nämlich als „die informationstechnisch induzierte Rekonfiguration ökonomischer, politi-

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Heiko Beyer hat den Lehrstuhl für Soziologie IV am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf inne.

<sup>2</sup> Prof. Dr. Isabelle Borucki ist Professorin für politikwissenschaftliche Methoden und Demokratie im digitalen Wandel am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

<sup>3</sup> Prof. Dr. Christiane Eilders ist Professorin für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und leitet das Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum.

<sup>4</sup> Jun.-Prof. Dr. Tobias Escher ist Juniorprofessor für Soziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

<sup>5</sup> Dr. Ole Kelm ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Kommunikations- und Medienwissenschaft IV, der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

<sup>6</sup> Prof. Dr. Stefan Marschall hat den Lehrstuhl Politik II inne und ist Prorektor für Internationales und Wissenschaftskommunikation der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

<sup>7</sup> Prof. Dr. Thomas Poguntke hat den Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf inne und ist Co-Direktor des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRUF).

<sup>8</sup> Prof. Dr. Ulrich Rosar hat den Lehrstuhl für Soziologie II am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf inne.

<sup>9</sup> Prof. Dr. Annette Schnabel hat den Lehrstuhl für Soziologie I am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf inne.

<sup>10</sup> Prof. Dr. Thomas Zerback hat den Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft IV am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf inne.

<sup>11</sup> Prof. Dr. Marc Ziegele hat den Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft II am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf inne.

scher und kultureller Zusammenhänge oder der Gesellschaft insgesamt“ (Schrage, 2021, S. 75). Vielmehr noch wird damit die Durchdringung sämtlicher lebensweltlicher Bereiche mit digitaler Technologie und Infrastruktur adressiert, die über eine rein technische Komponente hinausgeht. Die erwähnte Rekonfiguration entkoppelt Technik und deren Wirkung hin zu Digitalität und einem breiteren Verständnis von digitaler Transformation (Brennen und Kreiss 2016; Stalder 2016) als Ineinandergreifen von technischen, sozialen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen.

Damit beeinflusst Digitalisierung auch zentrale Arenen der repräsentativen Demokratie: das politisch-administrative System, die gesellschaftliche Basis und das Linkage-System. Linkages vermitteln zwischen der gesellschaftlichen Basis und dem politisch-administrativen System, womit sie eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren liberal-repräsentativer Demokratien sind (Poguntke, 2000; Lawson und Poguntke 2004; Lawson, 1980). Die Linkages sollen zum einen ermöglichen, dass relevante Interessen innerhalb der Gesellschaft an Institutionen politischer Entscheidungsfindung herangetragen und innerhalb dieser verhandelt und aggregiert werden. Zum anderen erhöhen funktionierende Linkages die Vermittlung politischen Handelns in die Gesellschaft hinein und die Legitimation politischer Entscheidungen. Funktionierende Linkages tragen damit zur Responsivität des politisch-administrativen Systems und zur Akzeptanz politischer Entscheidungen durch die gesellschaftliche Basis bei. Aufgrund dieser zentralen Position innerhalb liberal-repräsentativer Demokratien stehen das Linkage-System und die dortigen Akteure besonders im Fokus der Demokratieforschung (Dalton et al. 2011).

Unter den Linkage-Akteuren haben Parteien verfassungsrechtlich und historisch eine hervorgehobene Stellung. Zum einen bekleiden Parteieliten öffentliche Ämter und sind somit Teil des politisch-administrativen Systems. Zum anderen handelt es sich bei Parteien um Mitgliederorganisationen, in denen bestimmte gesellschaftliche Strömungen aggregiert und an das politisch-administrative System herangetragen werden. Parallel existieren journalistische Medienorganisationen und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. Gewerkschaften, Kirchen, etablierte und neue soziale Bewegungen sowie NGOs) als bedeutsame Linkage-Akteure. Im Zuge der Digitalisierung sind mit den sozialen Plattformmedien, auch VLOPs (very large online platforms), Linkage-Akteure entstanden, deren Funktionen und Wirkungen noch weitgehend unerforscht sind.

Auch wenn das Linkage-System fortwährend im Wandel ist, bedeutet die Digitalisierung eine Disruption. Sie verändert die Linkages besonderes in vier Dimensionen (Abbildung 1):

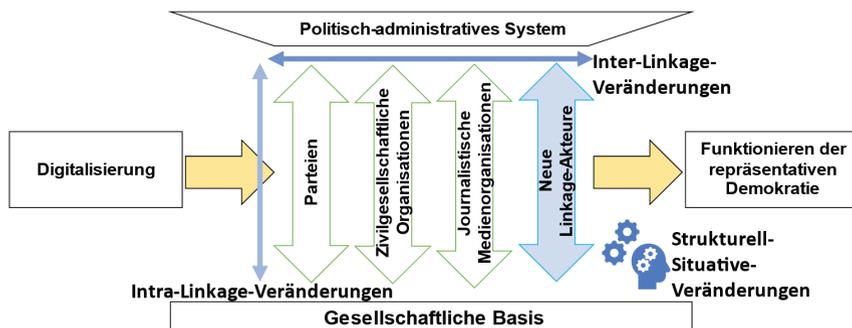
(1) Die Digitalisierung verändert die interne Logik der Linkages („Intra-Linkage-Veränderungen“). Digitale Informations-, Kommunikations- und Organisations-tools reformatieren bestehende Strukturen und Prozesse innerhalb der Linkages (z.B. durch parteiinterne Online-Abstimmungen).

(2) Die Digitalisierung verändert die Beziehungen und das relative Gewicht zwischen den Linkages („Inter-Linkage-Veränderungen“). Einige Linkage-Akteure haben durch die Digitalisierung an Bedeutung gewonnen (z.B. soziale Bewegungen), andere durch die Digitalisierung verloren (z.B. journalistische Medienorganisationen oder die Parteien als Mitgliederorganisationen). Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass der Austausch zwischen Akteuren unterschiedlicher Linkages nun direkter, häufiger und in engerer zeitlicher Taktung erfolgen kann (z.B. zwischen Politikern unterschiedlicher Parteien und Medienvertretern via X, vormals Twitter, unter Auslassung der Pressestellen der einzelnen Parteien).

(3) Die Digitalisierung ermöglicht die Etablierung neuer und neuartiger Linkage-Akteure, wie z.B. podcastende Vertreter des politisch-administrativen Systems, politische Influencer oder Tech-Konzerne (bzw. die von ihnen betriebenen Plattformen), aber auch Hashtag-Bewegungen wie #MeToo, Online-Petitionsplattformen oder digitale Wahlentscheidungshilfen wie der Wahl-O-Mat. Ihnen ist gemeinsam, dass sie prinzipiell eine Verbindung zwischen gesellschaftlicher Basis oder deren Segmenten einerseits und politisch-administrativem System andererseits herstellen, die nicht mehr zwingend auf die drei etablierten Linkages angewiesen ist, sie gegebenenfalls sogar komplett umgehen kann.

(4) Die Digitalisierung verändert die Verfahren, die über Akteurschaft und Akteure bestimmen. Galt bisher eher, dass sich entlang von codifizierten oder tradierten Strukturen und Prozessen entscheidet, ob und welche Akteurschaften innerhalb der einzelnen Linkages welchen Akteuren zukommen, entwickelt sich dies nun stärker situativ und über Selbstermächtigung oder Zuschreibung. So wurde ein bis dahin eher unpolitischer Influencer wie Rezo zum politischen Influencer, weil er im Vorfeld der Europawahlen 2019 die führende Regierungspartei auf seinem reichweitenstarken Social-Media-Kanal kritisierte. Sogar der Wahl-O-Mat wird zu einem eigenständigen Wahlkampfakteur, weil die Nutzer entgegen der Intention der Macher ihren Präferenzabgleich mit Issue-Positionen von Parteien als Wahlempfehlung begreifen.

Abbildung 1: Linkages im Wandel.



Eine zentrale mit der Digitalisierung verbundene Veränderung besteht in der deutlich gewachsenen Möglichkeit zum individuellen Agieren einzelner Organisationsmitglieder innerhalb ihrer jeweiligen Organisationen, was sowohl deren Binnenlogik als auch deren Außenbeziehungen transformiert (siehe z.B. van Biezen und Poguntke, 2014). Sie vervielfältigen und modifizieren die Möglichkeiten etablierter Linkage-Akteure und lassen neue hinzutreten. Sie lassen den Prozess der Verlinkung von gesellschaftlicher Basis und politisch-administrativem System fluider und durchlässiger erscheinen. Zugleich machen sie ihn aber auch unübersichtlicher und weniger nachvollziehbar, indem sie etablierte Strukturen und Prozesse innerhalb und zwischen Linkages konterkarieren. Einerseits haben die Auswirkungen der Digitalisierung so das Potential, Schwächen der etablierten Linkages, wie z.B. den Vertrauensverlust, den manche zivilgesellschaftliche Organisationen, Kirchen oder Parteien seit langem erleiden, zu kompensieren und so das Funktionieren der repräsentativen Demokratie zu stärken. Andererseits besteht aber ebenso das Risiko, dass der Wandel hier zusätzlich destabilisierend wirkt, da er z.B. in Widerspruch zu verbindlichen rechtlichen Regeln des Linkage-Systems geraten kann und Fragen von Legitimität, Transparenz und Accountability neu aufwirft. In den folgenden Abschnitten werden die Wirkungen der Digitalisierung auf die einzelnen Linkages genauer skizziert.

### **Politische Parteien**

Politische Parteien spielen in repräsentativen Demokratien eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Linkages zwischen der Gesellschaft und dem politisch-administrativen System. Dies leitet sich aus ihrer Doppelrolle als Inhaber staatlicher Ämter und Mandate sowie als gesellschaftliche Organisation ab. Über die eigene Mitgliederorganisation wird das Handeln der Mandats- und Amtsträger mit der Gesellschaft rückgekoppelt. Zudem sind sie auch über ihre formellen und informellen Verbindungen zu den intermediären Organisationen und sozialen Bewegungen sowie über die mediale Kommunikation mit der Gesellschaft verbunden (Allern et al., 2021; Allern und Bale, 2012; Poguntke, 2002).

Aushandlungsprozesse über Politikziele finden im Rahmen von formalisierten oder informellen organisatorisch strukturierten Kontakten zwischen Eliten der Parteien und den jeweiligen Vorfeldorganisationen statt. Aus der Sicht der Parteieliten stellt die eigene Mitgliederorganisation eine spezielle Vorfeldorganisation dar, um deren Unterstützung ebenfalls geworben werden muss. Während die formalisierten organisatorischen Bindungen zwischen Parteien und ihrem organisatorischen Vorfeld im Zuge der fortschreitenden Erosion traditioneller Linkages weitgehend gelöst wurden (Allern und Bale, 2017; Allern und Verge, 2017), zeigen neueste Forschungen, dass Parteien weiterhin Kontakt mit relevanten zivilgesellschaftlichen Akteuren halten. Allerdings sind diese in der Regel deutlich weniger

exklusiv und fluider (Allern et al., 2022; Allern et al., 2021). In der Summe hat sich also die Verlässlichkeit und Stabilität der Bindungen zur Gesellschaft erheblich abgeschwächt.

Die digitale Transformation hat sowohl Auswirkungen auf die Linkage-Potenziale der Mitgliederparteien wie auch auf die zusätzlichen Verbindungen zwischen Parteien und Gesellschaft. In ihrem Kernbereich sind Parteien angesichts der digitalen Transformation mit drei zentralen Herausforderungen konfrontiert. Erstens ist die Fähigkeit politischer Parteien zur Rekrutierung von Mitgliedern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, erheblich zurückgegangen (van Biezen et al., 2012; van Biezen und Poguntke, 2014). Die Nutzung der Sozialen Medien für politisches Engagement hat hier eine zusätzliche Konkurrenz geschaffen, die die Parteien durch die Ausweitung ihrer digitalen Aktivitäten zumindest partiell aufzufangen suchen (Scarrow, 2015; Gauja, 2015).

Zweitens verspricht die Öffnung innerparteilicher digitaler Partizipationsräume und Entscheidungsverfahren einerseits die Chance für Parteieliten, an den Aktivist\*innen und Mandatsträgern vorbei Vorstellungen durchzusetzen, was zulasten der Funktionärs\*ebene innerhalb der Parteien geschieht (sog. Bypass; Chiru et al. 2015; Reif et al. 1980; Pierre 1986). Andererseits hat der Einsatz Sozialer Medien für politische Beteiligung und politisches Engagement zusätzlich Konkurrenz dahingehend geschaffen, dass die Parteien durch ein Auftreten auf diesen Plattformen die andernorts verloren gegangene Unterstützung und Engagement aufzufangen versuchen (Scarrow 2015; Gomez et al. 2021; Hooghe und Kölln 2018). So profitieren nicht nur die Parteieliten vom Einsatz sozialer Medien, sondern haben Aktivist\*innen und Mitglieder der Parteibasis die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen (Scarrow et al. 2022; Peña und Gold 2022; Sandri et al. 2022; Gerl et al. 2016; Katz und Mair, 1995). Unklar ist an dieser Stelle jedoch, wie sich dieses Gefüge an den fluider werdenden Grenzen der Parteien und darüber hinaus – in den sie unterstützenden Organisationen – wandelt und was das für die Inter-Linkage-Funktion von Parteien genau bedeutet.

Drittens stellt das durch die digitale Transformation veränderte kommunikative Umfeld vor allem die Parteieliten vor neue Herausforderungen. Parteieliten versuchen den Spagat zwischen aufmerksamkeitswirksamen, aber leicht kritisierbaren Botschaften auf der einen Seite und nüchternen, aber reichweitschwachen Botschaften auf der anderen Seite zu meistern. Die Möglichkeit der direkten Kommunikation über die Sozialen Medien entwertet die traditionellen gremienbasierten innerparteilichen Entscheidungsverfahren und gibt sowohl internen, aber auch externen Herausforderern der Parteieliten eine unmittelbare Einflusschance. Gleichzeitig ist die kommunikative Reaktionsgeschwindigkeit und -intensität in der digitalen Öffentlichkeit enorm gestiegen, was die Durchsetzungen politischer Entscheidungen innerhalb und außerhalb von Parteien erheblich erschweren kann

(z.B. durch Shitstorms; vgl. Barberà, 2021). Diese Veränderungen führen unter Umständen dazu, dass sich neue Typen wie jener der Netzwerkpartei (Deseriis 2020) oder digitalen Partei (Barberà et al. 2021) gegenüber traditionellen Mitgliederparteien durchsetzen könnten. Dies ist jedoch eine offene Frage.

Hinzu kommt, dass das kommunikative Umfeld der Parteien durch die Digitalisierung, vor allem durch den Siegeszug der neuen Sozialen Medien, ebenfalls erheblich fluider und weniger berechenbar geworden ist. Etablierte Einflusskanäle von Parteiliten, etwa über öffentlich-rechtliche Sendeanstalten oder „befreundete“ oder gar in Besitz befindliche Medien haben erheblich an Bedeutung verloren.

### **Journalistische Medien**

Auch journalistische Medien haben verschiedene Linkage-Funktionen: Sie kontrollieren und kritisieren politische Entscheidungen und deren Träger und vermitteln die Entscheidungen und Einschätzungen an die Bürger (Schemer und Geiß, 2020). Dadurch tragen sie maßgeblich zur politischen Willensbildung bei. Außerdem verstärken und verbreiten sie gesellschaftliche Interessen und Anliegen und kommunizieren diese der politischen Entscheidungsebene (McQuail, 2005). Allerdings stehen auch journalistische Medien im Zuge der Digitalisierung vor mindestens drei Herausforderungen:

Erstens führt die Digitalisierung zu einer Intensivierung des Wettbewerbs um die Aufmerksamkeit des Publikums (Nielsen et al., 2016): Große Technologieunternehmen wie Alphabet (u.a. Google), Meta (u.a. Instagram) und Bytedance (u.a. TikTok) fungieren zunehmend als Informationsintermediäre und übernehmen Funktionen von journalistischen Medien, darunter die Informationsselektion, -aggregation und -distribution. Dabei erfolgen Letztere vorwiegend algorithmisch, was nicht zuletzt Fragen nach der Qualität der getroffenen Entscheidungen aufwirft. Plattformen und alternative Informationsangebote – sowohl professionell als auch amateurhaft organisiert – konkurrieren im Social Web mit den journalistischen Medien um die Aufmerksamkeit der Nutzer. Die Flut an Informationen, mit der Nutzer konfrontiert sind, führt zunehmend zu einer generellen Informationsmüdigkeit und Nachrichtenvermeidung (Karlsen et al., 2020; Goyanes et al. 2023). Nicht nur deshalb ist das Publikum von Zeitungen, Fernseh- und Radiosendern seit vielen Jahren rückläufig. Dieser Rückgang konnte finanziell bisher nicht durch digital erlöste Angebote aufgefangen werden, auch deshalb, weil traditionell wichtige Einnahmequellen journalistischer Medien wie das Kleinanzeigengeschäft (insb. Immobilien- und Stellenanzeigen) zu großen Teilen zu Onlineanbietern abgewandert ist. Einsparungen, vor allem im redaktionellen Bereich waren die Folge, was sich negativ auf die journalistische Qualität auswirken könnte.

Zweitens begünstigt die Digitalisierung Disintermediation (Neuberger, 2009): Journalistische Medien sind heute nicht mehr zwangsläufig notwendig, um Linkage zwischen Gesellschaft und politisch-administrativem System herzustellen. Politiker können den Weg über die journalistischen Medien umgehen und sich über Soziale Medien direkt an Teile der Bevölkerung wenden (Kelm et al., 2019). Dies hat zur Folge, dass Journalisten die Kommunikation über die Sozialen Medien beobachten (müssen), um über dort kommunizierte gesellschaftliche und politisch relevante Inhalte und Entscheidungen zu berichten (Hanusch et al. 2019). Inwieweit diese Beobachtung systematisch und routiniert erfolgt, ist bislang unbekannt.

Drittens erleichtert Digitalisierung die Partizipation der Bürger in der Medienöffentlichkeit (Ziegele, 2016). Bürger können ohne großen Aufwand ihre Meinung zu medial vermittelten politischen Themen in Kommentarspalten und Online-Diskussionen kundtun und so an der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken. Allerdings sind die so geäußerten Stimmen hochgradig selektiv und nicht repräsentativ für die Gesellschaft (Kalogeropoulos et al., 2017), wodurch die öffentliche Meinung von Journalisten – und in der Folge auch von Bürgern und Entscheidungsträgern – falsch eingeschätzt werden kann (Zerback & Fawzi, 2017). Auch werden Journalisten heute regelmäßig mit Online-Hass und -Hetze überschwemmt, wenn sie über politisch heikle Themen berichten. Ein nicht unerheblicher Anteil an Medienschaffenden hat deshalb bereits darüber nachgedacht, über bestimmte politische Themen nicht mehr im Internet zu berichten (Papendick et al., 2020). Schließlich stellt die Organisation der schiereren Menge an Partizipation von Bürgern in Kommentarspalten und ihre Qualitätssicherung journalistische Medien auch ökonomisch vor Herausforderungen (Nelson et al., 2021).

### **Zivilgesellschaftliche Organisationen**

Für zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine, Verbände, Stiftungen, Kirchen, soziale Bewegungen oder NGOs stellt die Digitalisierung gleichermaßen Chance wie Herausforderung dar, indem sie die Inhalte und Formen der Arbeit jener Organisationen als Vermittler zwischen Gesellschaft und politisch-administrativem System in spezifischer Weise verändert. Einerseits stellt die Digitalisierung neue Möglichkeiten und Formen der Mitgliedschaft, Sympathiebekundung und Mitarbeit zur Verfügung: Digital Activism (z.B. in Form digitaler Unterschriftaktionen), Internationalisierung von Netzwerken und Kampagnen oder Open-Source Fact Checking stellen neue Formen der politischen Arbeit und Einflussnahme dar (für NGOs z.B. Marklund, 2022). Damit sind andererseits neue Risiken für diese Organisationen verbunden: Dazu gehören die gesteigerte Nachfrage nach zahlenförmig verfassten Informationen (Heintz, 2007), eine Tendenz zur Vereinfachung aufgrund von Zeichenbeschränkungen oder der Aufmerksam-

keitslogik des Internets, eine veränderte und intensiviertere staatliche Beobachtung von Individuen und Organisationen bei gleichzeitigem Zwang, sich digital zu präsentieren, um überhaupt Öffentlichkeit zu erreichen (Baumann und Lyon, 2013). Mitgliedschaft wird zudem unverbindlicher und flüchtiger (Merrill et al., 2020) und zeigt sich in der Kurzlebigkeit sozialer Bewegungen und dem Mitgliederschwund klassischer Verbände und Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften.

Schließlich wird durch die wachsende Bedeutung Sozialer Medien die Vermittlungsfunktion zivilgesellschaftlicher Organisationen als solche in Frage gestellt, da durch Plattformen eine direktere Verbindung von gesellschaftlicher Basis und politisch-administrativem System versprochen wird. Gleichzeitig bieten Soziale Medien zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen aber auch neue Möglichkeiten der Kommunikation (Arafa und Armstrong 2016). Angesichts der Erfolge populistischer Bewegungen, Parteien und Politikern stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob Sozialen Medien ein „struktureller Populismus“ (Vogl, 2022) inhärent ist.

### **Neue Linkage-Akteure**

Während so die etablierten Akteursgruppen unter Druck geraten und sich wandeln, gewinnen neue oder ehemals ressourcenschwache und damit wenig durchsetzungsfähige Akteure durch die digitale Transformation an Bedeutung. Erstens erhalten einzelne Individuen durch die Nutzung digitaler Medien das Potenzial, politische Debatten und Entscheidungen zu prägen. Ursprünglich überwiegend unpolitische Influencer wie Rezo machen auf mutmaßliche Schwächen von Parteien aufmerksam, Aktivistinnen wie Greta Thunberg tragen erheblich dazu bei, ein bestimmtes Thema auf die politische Agenda zu bringen und einzelne Politiker wie Karl Lauterbach kommen unter anderem auch deshalb in politische Verantwortlichkeit, weil sie über die Sozialen Medien an Aufmerksamkeit und Ansehen gewonnen haben (Rosar und Poguntke, 2023).

Zweitens haben Online-Partizipationsplattformen, die auf verschiedenen politischen Ebenen eingesetzt worden sind, intensive Beachtung gefunden (Lutz et al. 2014; Marschall und Möltgen-Sicking 2023; Rottinghaus und Escher 2020; Voss 2021; Vromen 2022). Als Teilphänomen im Rahmen der Online-Partizipationsforschung haben (online-basierte) Bürgerräte internationale Aufmerksamkeit in der politikwissenschaftlichen Wahrnehmung gefunden, wie ohnehin das Instrument „Citizen Council“ sowohl theoretisch als auch empirisch aus verschiedenen Perspektiven tiefgehend reflektiert worden ist (Farrell et al. 2013; Reuchamps et al. 2023). Aus dieser Perspektive sind auch die Voting Advice Applications relevant, also Online-Wahlhilfen, die die Funktionalität aufweisen, die Nähe zwischen Parteien/Kandidierenden und Wählenden anzuzeigen und mittlerweile in vielen Ländern zum Standardrepertoire der Vorwahlöffentlichkeiten geworden sind

(Garzia und Marschall 2019). Noch untererforscht ist – zumindest aus politikwissenschaftlicher Perspektive und mit dem Blick auf ihre Linkage-Potenziale – die politische Rolle nicht-öffentlicher digitaler Linkage-Akteure im Feld der sozialen Medien (Fitzpatrick 2019), aber auch Phänomene wie private Online-Petitionsplattformen (z.B. Campact oder openPetition).

Drittens ermöglichen digitale Medien die Konstitution von ad hoc Interessengruppen zu unterschiedlichen politischen Themen (Bennett und Segerberg, 2012). In den vergangenen Jahren wurde dies insbesondere dann deutlich, wenn politische oder gesellschaftliche Veränderungen nicht so von den etablierten Linkage-Akteuren aufgegriffen worden sind, wie es sich Teile der Gesellschaft gewünscht haben.

Viertens ermöglichen digitale Medien die Transformation von individuellen zu kollektiven Aktivitäten, welche dadurch politisches Gewicht erhalten (z.B. Stolle und Micheletti, 2013). Dadurch können etwa individuelle Konsumententscheidungen politisch aufgeladen werden und politische wie wirtschaftliche Entscheidungsträger dazu drängen, zu handeln.

All diesen Beispielen ist gemein, dass sie zunächst die etablierten Linkage-Akteure umgehen. Die etablierten Akteure müssen wiederum entscheiden, wann die Aktivitäten neuer Akteure eine solche Relevanz erlangt haben, dass sie auf diese Aktivitäten reagieren. Die Konstitutionsprozesse und die Bedeutung dieser neuen Akteure für den Linkage zwischen Gesellschaft und politisch-administrativem System sind bislang weitgehend unerforscht.

### **Schlussbemerkungen**

Dieser Beitrag skizziert eine Reihe von Transformationsprozessen, die zu einem erheblichen Teil noch nicht hinreichend erforscht sind. Dennoch lässt sich schon jetzt absehen, dass die Digitalisierung – und besonders die Sozialen Medien – in der Summe zu einer Entstrukturierung der Linkage zwischen politischem System und Bürgern geführt hat und weiter führen wird. Die politisch Handelnden sind zunehmend großer Unsicherheit ausgesetzt, welche politischen Themen vorrangig behandelt und welche Interessen wie berücksichtigt werden sollten. Vormalig stabile Koalitionen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Akteuren werden zunehmend brüchiger und sind schnellen Wandlungsprozessen unterworfen. Das bedeutet nicht nur Unsicherheit hinsichtlich der Responsivität gegenüber relevanten Wünschen seitens der Bevölkerung, sondern gleichzeitig eine Schwächung der Fähigkeit, politische Unterstützung oder zumindest Akzeptanz zu generieren und die für politische Legitimität wichtige Responsivität zu erfüllen. Politik wird im Wortsinn ein unsicheres Geschäft.

## Literatur

- Allern, E. H. & Bale, T. (Hrsg.). (2017). *Left-of-Centre Parties and Trade Unions in the Twenty-First Century*. Oxford: Oxford University Press.
- Allern, E. H. & Bale, T. (2012). Political Parties and Interest Groups: Qualifying the Common Wisdom. *Party Politics*, 18(1): 99–106.
- Allern, E. H. and Verge, T. (2017). Still Connecting with Society? Political Parties' Formal Links with Social Groups in the Twenty-First Century. In S. E. Scarrow, P. D. Webb and T. Poguntke (Hrsg.). *Organizing Political Parties: Representation, Participation, and Power* (S. 106–135). Oxford: Oxford University Press.
- Allern, E. H., Otjes, S., Poguntke, T., Hansen, V. W., Saurugger, S. & Marshall, D. (2021). Conceptualizing and measuring party-interest group relationships. *Party Politics*, 27: 1254–1267.
- Allern, E. H., Klüver, H., Marshall, D., Otjes, S., Rasmussen, A. & Witko, C. (2022). Policy positions, power and interest group-party lobby routines. *Journal of European Public Policy*, 29: 1029–1048.
- Arafa, M. & Armstrong, C. (2016). 'Facebook to Mobilize, Twitter to Coordinate Protests, and YouTube to Tell the World': New Media, Cyberactivism, and the Arab Spring. *Journal of Global Initiatives: Policy, Pedagogy, Perspective* 10(1): 73–102.
- Barberà, O., Sandri, G., Correa, P., Rodríguez-Teruel, J. (Hrsg.). (2021). *Digital parties. Studies in digital politics and governance*. Charn: Springer.
- Baumann, Z. & Lyon, D. (2013). *Daten – Drohnen – Disziplin*. Berlin: Suhrkamp.
- Bennett, W. L. & Segerberg, A. (2012). *The logic of connective action: Digital media and the personalization of contentious politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- van Biezen, I., Mair, P. & Poguntke, T. (2012). Going, Going, .....Gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe. *European Journal of Political Research*, 51(1): 24–56.
- van Biezen, I. & Poguntke, T. (2014). The decline of membership-based politics. *Party Politics*, 20(2): 205–216.
- Borucki, I., Michels, D. & Marschall, S. (2020). Die Zukunft digitalisierter Demokratie – Perspektiven für die Forschung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30: 359–378. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00234-3>.
- Brennen, J. S. & Kreiss, D. (2016). Digitalization. In: *The International Encyclopedia of Communication Theory and Philosophy*, 1–11. American Cancer Society. <https://doi.org/10.1002/9781118766804.wbiect111>.

- Chiru, M., Gauja, A. Gherghina, S. & Rodriguez-Teruel, J. (2015). Explaining change in party leadership selection rules. In W. Cross & J. Pilet (Hrsg.). *The Politics of Party Leadership: A Cross-national Perspective* (S. 62–87). Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, R. J. & Kuechler, M. (1990). *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies*. New York: Oxford University Press.
- Dalton, R. J., Farrell, D. M., & McAllister, I. (2011). *Political Parties and Democratic Linkage: How Parties Organize Democracy*. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:osobl/9780199599356.001.0001>.
- Deseriis, M. (2020). Two Variants of the Digital Party: The Platform Party and the Networked Party. *Partecipazione e Conflitto*, 13(1), Article 1. <https://doi.org/10.1285/i20356609v13i1p896>.
- Farrell, D. M., O'Malley, E. & Suiter, J. (2013). Deliberative Democracy in Action Irish-style: The 2011 *We the Citizens* Pilot Citizens' Assembly. *Irish Political Studies*, 28(1): 99–113. <https://doi.org/10.1080/07907184.2012.745274>.
- Fitzpatrick, J. (2019). Potenziale sozialer Medien zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Welche Chancen bieten soziale Medien für politische Akteure und ihre Erforschung?. In J. Hofmann, N. Kersting, C. Ritzl & W. J. Schünemann (Hrsg.). *Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven* (S. 171–186). Bielefeld: transcript Verlag.
- Gauja, A. (2015) The Construction of Party Membership. *European Journal of Political Research*, 54(2): 232–248.
- Garzia, D. & Marschall, S. (2019) Voting Advice Applications. In W. Thompson (Hrsg.). *Oxford Research Encyclopedia: politics*. New York : Oxford University Press.
- Gerl, K., Marschall, S. & Wilker, N. (2016). Innerparteiliche Demokratie 2.0? Partizipation von Parteimitgliedern im Internet. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 10(2): 115–149. <https://doi.org/10.1007/s12286-016-0288-7>.
- Gomez, R., Ramiro, L., Morales, L. & Aja, J. (2021). Joining the Party: Incentives and Motivations of Members and Registered Sympathizers in Contemporary Multi-Speed Membership Parties. *Party Politics*, 27(4): 779–790. <https://doi.org/10.1177/1354068819891047>.
- Goyanes, M., Ardèvol-Abreu, A., & Gil de Zúñiga, H. (2023). Antecedents of News Avoidance: Competing Effects of Political Interest, News Overload, Trust in News Media, and “News Finds Me” Perception. *Digital Journalism*, 11(1): 1–18. <https://doi.org/10.1080/21670811.2021.1990097>.

- Hanusch, F., Tandoc Jr., E. C., Dimitrakopoulou, D., Muchtar, N., Rafter, K., Márquez Ramírez, M., Rupa, V., Sacco, V. (2019). Transformations: Journalists' reflections on changes in news work. In T. Hanitzsch, F. Hanusch, J. Ramaprasad & A. de Beer (Hrsg.), *Worlds of Journalism: Journalistic Cultures Around the Globe* (S. 259-282). New York: Columbia University Press.
- Heintz, B. (2007). Zahlen, Wissen, Objektivität: Wissenschaftssoziologische Perspektiven. In A. Mennicken & H. Vollmer (Hrsg.). *Zahlenwerk* (S. 65–85). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hooghe, M. & Kölln, A. (2018). Types of party affiliation and the multi-speed party. *Party Politics*, 26 (4): 355-365. <https://doi.org/10.1177/1354068818794220>.
- Kalogeropoulos, A., Negredo, S., Picone, I. & Nielsen, R. K. (2017). Who shares and comments on news? A cross-national comparative analysis of online and social media participation. *Social Media + Society*, 3(4). <https://doi.org/10.1177/2056305117735754>.
- Karlsen, R., Beyer, A., & Steen-Johnsen, K. (2020). Do high-choice media environments facilitate news avoidance? A longitudinal study 1997–2016. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 64(5): 794–814.
- Katz, R. S. & Mair, P. (1995). Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party. *Party Politics*, 1(1): 5–28.
- Kelm, O., Dohle, M., & Bernhard, U. (2019). Politicians' self-reported social media activities and perceptions: Results from four surveys among German parliamentarians. *Social Media + Society*, 5(2). <https://doi.org/10.1177/2056305119837679>.
- Kitschelt, H. (1990). New Social Movements and the Decline of Party Organization. In R. J. Dalton & M. Kuechler (Hrsg.) *Challenging the Political Order: New Social and Political Movements in Western Democracies* (S. 179–208). New York: Oxford University Press.
- Lawson, K. (1980). Political Parties and Linkage. In K. Lawson (Hrsg.), *Political Parties and Linkage: A Comparative Perspective* (S. 3–24). New Haven, CT: Yale University Press.
- Lawson, K., & Poguntke, T. (2004). *How political parties respond: Interest aggregation revisited* (Vol. 9). Routledge.
- Lipset, S. M. & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In S. M. Lipset & S. Rokkan (Hrsg.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (S. 1–64). New York/London: Free Press.

- Lutz, C., Hoffmann, C. P. & Meckel, M. (2014). Beyond just politics: A systematic literature review of online participation. *First Monday*, 19(7). <https://doi.org/10.5210/fm.v19i7.5260>.
- Markland, A. (2022). Epistemic transformation at the margins: Resistance to digitalization and datafication within global human rights advocacy. *Global Society*, 36(1): 113–133.
- Marschall, S. & Möltgen-Sicking, K. (2023). Online-Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. In T. Klenk, F. Nullmeier & G. Wewer (Hrsg.). *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung 2. Aufl.* (S. 1–12). Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-23669-4>.
- Martin, N., De Lange, S. L. & van Der Brug, W. (2022). Staying Connected: Explaining Parties' Enduring Connections to Civil Society. *West European Politics*, 45(7): 1385–1406. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1986784>.
- McQuail, D. (2005). *Mass communication theory*. London: Sage.
- Merrill, S., Keightley, E. & Daphi, P. (Hrsg.). (2020). *Social movements, cultural memory and digital media: Mobilising mediated remembrance*. Cham: Springer Nature.
- Nelson, M. N., Ksiazek, T. B., & Springer, N. (2021). Killing the comments: Why do news organizations remove user commentary functions? *Journalism and Media*, 2(4): 572–583.
- Neuberger, C. (2009). Internet, Journalismus und Öffentlichkeit: Analyse des Medienumbruchs. In C. Neuberger, C. Nuernbergk & M. Rischke, M. (Hrsg.). *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung* (S. 19–105). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nielsen, R. K., Cornia, A. & Kalogeropoulos, A. (2016). *Challenges and opportunities for news media and journalism in an increasingly digital, mobile, and social media environment*. Council of Europe report DGI(2016)18.
- Papendick, M., Rees, Y., Wäschle, F. & Zick, A. (2020). *Hass und Angriff auf Medienschaffende. Eine Studie zur Wahrnehmung von und Erfahrungen mit Angriffen auf Journalist\*innen*. Expertise für den Mediendienst Integration.
- Pierre, J. (1986). Attitudes and Behaviour of Party Activists. *European Journal of Political Research*, 14(4): 465–479. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1986.tb00845.x>.
- Peña, A. M. & Gold, T. (2023). The party-on-the-Net: the digital face of partisan organization and activism. *Information, Communication & Society*, 26(16): 3257–3274. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2022.2147399>.

- Poguntke, T. (2000). *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Poguntke, T. (2002). Party organisational linkage: Parties without firm social roots? In: K. R. Luther & F. Müller-Rommel (Hrsg.), *Political parties in the new Europe: Political and analytical challenges* (S. 53–62). Oxford: Oxford University Press.
- Reif, K., Cayrol, R. & Niedermayer, O. (1980). National Political Parties' Middle Level Elites and European Integration. *European Journal of Political Research*, 8(1): 91–112. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00740.x>.
- Reuchamps, M., Vrydagh, J. & Welp, Y. (2023). *De Gruyter Handbook of Citizens' Assemblies*. Berlin, Boston: De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110758269>.
- Rosar, U. & Poguntke, T. (2023). Via Twitter ins Amt: Karl Lauterbach, die Corona-Pandemie und das Bundesgesundheitsministerium. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 54(3): 509–531.
- Rottinghaus, B. & Escher, T. (2020). Mechanisms for inclusion and exclusion through digital political participation: Evidence from a comparative study of online consultations in three German cities. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30: 261–298. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00222-7>.
- Rucht, D. (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: O. Niedermayer & R. Stoess (Hrsg.) *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland* (S. 251–275). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sandri, G., von Nostitz, F. & Neihouser, M. (2022). The online organization of european political parties. *Reseaux*, 236(6): 95–136. <https://www.cairn-int.info/journal-reseaux-2022-6-page-95.htm>.
- Scarrow, S. E. (2015). *Beyond party members: Changing approaches to partisan mobilization*. Oxford: Oxford University Press.
- Scarrow, S. E., Webb, P. D., & Poguntke, T. (2022). Intra-party decision-making in contemporary Europe: Improving representation or ruling with empty shells? *Irish Political Studies*, 37(2): 196–217.
- Schemer, C. & Geiß, S. (2020). Massenkommunikation. In: T. Faas, O. W. Gabriel, & J. Maier (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung* (S. 141–163). Baden-Baden: Nomos.
- Schrape, J. F. (2021). *Digitale Transformation* (Vol. 5). Stuttgart: utb.
- Stolle, D. & Micheletti, M. (2013). *Political consumerism: Global responsibility in action*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Vogl, J. (2022). *Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Voss, K. (2021). *Engagiert, politisch, digital? Online-Petitionen als Partizipationsform der digitalen Zivilgesellschaft*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Vromen, A., Halpin, D. & Vaughan, M. (2022). *Crowdsourced Politics. The Rise of Online Petitions & Micro-Donations*. Singapore: Springer Nature.
- Zerback, T., & Fawzi, N. (2017). Can online exemplars trigger a spiral of silence? Examining the effects of exemplar opinions on perceptions of public opinion and speaking out. *New Media & Society*, 19(7): 1034–1051. <https://doi.org/10.1177/1461444815625942>.
- Ziegele, M. (2016). *Nutzerkommentare als Anschlusskommunikation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.